

Liebe Freunde,

Die Welt ist nicht mehr die, die sie 1891 war. Als wir der Klassenherrschaft den Kampf erklärten. Als wir uns unbedingt und bedingungslos stellten hinter gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller. Als wir eine Gesellschaft gestalten wollten, die niemanden vergaß, niemanden ausschloss.

Die Welt ist nicht mehr die, die sie 1925 war. Zwischen den Kriegen, zwischen den Krisen. Als wir das Rückgrat hatten zu einer damals eigentlich undenkbarer Haltung und Vision eines vereinigten Europas – einer Vision, wegen der man uns „vaterlandslose Gesellen“ schimpfte.

Die Welt, werte Genoss*Innen, ist nicht mehr die, die sie 1959 war, als wir in Godesberg ein Lied des Aufbruchs anstimmten, und es uns nicht um das Singen ging, sondern wirklich und ernsthaft darum aufzubrechen. Ideen abzustauben und einzumotten und neue zu formulieren. Mit breiter Brust zu verkünden, was für eine Partei wir sein werden: die des Volkes. Eine Partei der Taten. Eine Partei jener, die politische Vertretung am ehesten brauchen: der Arbeiter, der Abgehängten. Wir wollten eine Partei des Antriebs hin zu einer Gemeinschaft sein.

Und all das in einer Zeit, in der wir uns der Gefahr eines „kleriko-halbfaschistischen Staates“ bewusst waren und der drohenden „innenpolitischen Faschisierung“ die Stirn bieten wollten.

Die Stirn wurde geboten, die Ideen wurden zu Taten, zehn Jahre später durfte sich Willy Brandt, der damals den meisten nicht vor allem als Flughafen bekannt war, in seiner Antrittsrede bei den Wählerinnen und Wählern für die eindeutige Ablehnung des Extremismus bedanken. Aber die Welt ist ja nicht mehr die, die sie 1969 war.

An unser Grundsatzprogramm 1989 erinnert sich kein Mensch mehr, wahrscheinlich wegen solcher politischer Maximen wie: „Sport ist ein wesentlicher Beitrag zu unserer Kultur.“

„Wo immer schweres Leid über die Menschen gebracht wird, geht es uns alle an. Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten den Weg“, schrieb Brandt dann 1992. Aber die Welt ist ja auch nicht mehr die, die sie '92 war. Oder doch?

Wir lassen das Unrecht lange geschehen, wir leben in gestrigen Zeiten.

Die Zeiten sind nicht mehr die, die sie waren. In ihren Grundzutaten aber ist die Gegenwart oft noch immer eine gestrige Welt.

Auch heute müssen gerade wir, Sozialdemokraten, über Rechte aller sprechen. Darüber, wie sich Ungleichheiten beseitigen lassen und ein würdevolles Leben für alle zu gewährleisten ist. Wir müssen sprechen über die nach wie vor vielerorts nicht selbstverständliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, müssen über all die Scheren sprechen, die uns im Sozialen und Wirtschaftlichen trennen, Milieus abgeschotteter

Welten generieren, zwischen Reich und Arm, Ost und West, Nord und Süd. Zwischen Neuankömmlingen und uns, die wir „gute Nachbarn sein sollten“.

Wir müssen ein halbes Jahrhundert nach Godesberg wieder über die den allgemeinen Wohlstand sprechen. Über dessen ungleiche Verteilung, angesichts der Tatsache, dass die verfügbaren Einkommen deutscher Haushalte gegenwärtig so weit auseinander liegen wie noch nie. Die Wohlhabenden haben ihre Firmengewinne, ihre Kapitaleinkommen. Die Armen haben Hunger. Deutschland ist ein Land von Ungleichen. Bald wird man wieder von Klassen sprechen.

Diese Spaltung, das ist doch die Kluft, die wir nicht eine Minute zu lang dulden dürfen: Sie erteilt uns den wichtigsten sozialdemokratischen Handlungsauftrag – 40 Millionen Menschen haben in Deutschland zusammen gerade mal 1% des gesamten Besitzes! Sie warten auf unsere Antwort, und zwar nicht nur auf die Frage, warum es so weit kam, sondern vor allem: Wie kommen sie da wieder raus?

Ähnlich laut müssen wir über Geisterdörfer sprechen und jene Gemeinden, die nur dann eine Schlagzeile bekommen, wenn da mal wieder einer mit einem Trecker den Zigarettenautomat umgenietet hat. Wir müssen über ganze Regionen sprechen, die am liebsten Insolvenz anmelden würden, wenn es irgendwie ginge.

Wie bewegen wir diese Orte wieder, damit sie nicht nur Standorte sind: Was bieten wir den Menschen an, was länger hält als die Worthülse „Hoffnung“? So lange die Antwort nur wieder wirtschaftliche Waagschalen beinhaltet, wird die Antwort vor Ort lauten: Dann wählen wir eben noch rechter.

Erinnern Sie sich an die Gefahr eines „kleriko-halbfaschistischen Staates“ Staates? Sie müssen sich nicht erinnern, die Gefahr ist wieder da.

Die „innenpolitische Faschisierung“ wieder so groß wie lange nicht. Ich trete an, weil wir wie einst entschieden dagegen vorgehen müssen. Für „wehret den Anfängen“ ist es schon zu spät. Und die Abwehr beginnt gar nicht in unserem Land.

Wir müssen als Partei, das ist doch Wappen unserer Fahne, international denken und dabei Unbequemes ansprechen: Abhängigkeiten, in die Deutschland sich aufgrund des globalen Ressourcengeschacher begeben hat, Geschacher zwischen denen, die ausbeuten, und denen, die ausbluten. An der Seite der Ausgebeuteten ist immer schon unser Platz gewesen. Seien wir mal wieder unbequem, liebe Genoss*Innen!

Sprechen wir also über globale Krisen und dann über Abgründe, die sich auftun in der politischen Behandlung von Migranten hier bei uns. Und ich meine damit sowohl die Auswanderer nach Ibiza und ausgewanderte Konten auf Malta, wie auch die Geflüchteten der Humankatastrophen als Folgen von Krieg und Vertreibung und politischer Klimaignoranz. Die Kanzlerin gibt sich oftmals progressiver als wir, wenn es um Schutzsuchende geht!

Lasst uns darüber reden, was zu tun ist, damit die SPD wieder eine Partei wird, die im Dienst der Menschen steht – momentan steht sie im Dienst der Koalition. Lasst uns eigene Ideen einer neuen Welt entwickeln, die aus unseren Erfahrungen mit einer vergangenen Welt stammen und dem klaren Bewusstsein darüber, wie wir morgen gemeinsam leben wollen.

Wer im Heute nicht radikale Visionen einer Gemeinschaft hat, lebt im Gestern.

Und das bedeutet: Für eine Bildungspolitik eintreten, die auf Menschen mit sozialen Startnachteilen ausgerichtet ist.

Das bedeutet: Endlich sich klar für höhere Erbschaft- und Vermögensteuern einsetzen.

Das bedeutet: Über Kapital für jeden Bürger nachdenken, denn wir sehen doch gerade, dass eine unzufriedene Gesellschaft ins Extreme kippt und kennen doch Studien, die belegen: eine gesunde, zufriedene Gesellschaft stellt erst Weichen für wirtschaftlichen Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt.

Die Geschichte funktionierender Gesellschaften und florierender Zeiten ist dabei stets die Geschichte von Austausch und friedlichem Miteinander. Und da sind wir bei dem zentralen Gedanken gekommen, der sich wiederum aus unserer Geschichte speist – aus der Vision eines vereinigten Europa aus dem Jahr 1925. Das Europa von heute erscheint mir als bloßer Zwischenschritt zu einer echten Einheit, einem echten Miteinander.

Lassen sie uns davon sprechen, wie dieses vereinigte Europa dem Schweinebauer in Ostpolen, dem Vorstandschef in Lissabon und dem geflohenen Syrer in Hameln noch mehr bieten kann als den Überbau einer wirtschaftlichen Union und dass man den Rimini-Urlaub mit Euro bezahlen kann. Lassen sie uns davon sprechen, dass ein wahrlich sozialdemokratisches Europa nur ein völlig grenzbefreites Europa sein kann.

Die Krisen und die Kriege der letzten Jahrhunderte waren Krisen und Kriege, die ohne Grenzen nicht stattgefunden hätten. Unser Anliegen muss es sein, uns von der nationalen Idee zu befreien. Erweitern wir die Vision des vereinigten Europas um die Möglichkeit eines Miteinander, das tatsächlich eins ist der Gemeinschaft ohne Nation, eines offenen Raums, indem man mit einem „Wir“ wirklich alle meint auf diesem Kontinent.

Das ist ja nicht mal ein radikaler Gedanke: Unsere Grundidee als sozial und demokratisch Handelnde ist doch die von einem wert- und vorurteilsfreien Miteinander, das wirklich und wahrhaftig alle miteinbezieht. Die Bürger unseres Landes, auch die erst werdenden, die temporären, auch die noch unterwegs sind, so sehr wie die Bürger anderer Länder. Eine neue europäische Internationale ist machbar und möglich und notwendig. Lassen Sie uns die Szenarien durchspielen, lassen Sie uns in Zeiten, in denen Grenzen wieder wählbar geworden sind, die Grenzen abwählen.

Vieles ließe sich in einer echten Gemeinschaft mit unseren Nachbarn leichter lösen. Die Versorgung in allen Lebensabschnitten übergreifend gestalten – Systeme der Rentenabsicherung so verzahnen, dass die großen Lücken im Auskommen, wie sie derzeit existieren, geringer werden. Gesundheitliche Versorgung aller würde vereinfacht und

europaweit angepasst. Die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, allem voran Kinderarmut, so bekämpft, dass man die Probleme lokal angehen könnte, aber unterstützt mit Stärke von Europa als Ganzem.

So befreit von vielen Konkurrenzgedanken, die zu asozialem Wettbewerb führen, wäre das Prosperieren aller Länder gleich wichtig, weil Länder als künstliches Prinzip von Abgrenzung gar nicht mehr existieren würden. Man zöge wirklich an einem Strang und könnte gemeinsam existenzielle Fragen unserer Zukunft angehen: Die Ressourcenverteilung könnte man fairer gestalten, sie wäre nicht mehr an Fahnenfarben gebunden, sondern an wirklichen Bedarf, unabhängig vom Standort. Die Transformation der Wirtschaft hin zu einer emissionsarmen, nachhaltigen Zukunft wäre tatsächlich ein Anliegen aller, statt wie jetzt lauter kleine Einzelideen nebeneinander zu stellen. Alle staatlichen Ausgaben wären nicht mehr staatlich, sondern Ausgaben aller Beteiligten und danach bewertet, ob und in welcher Form sie dazu beitragen, für ein gutes Leben aller Beteiligten zu sorgen.

Die Sozialdemokratie muss wieder eine einende lustvolle Macht werden. Humanistische Ideale? Ja! Volk? Klar doch, aber vor allem: Völker! Zeichnungen irgendwo an der feuchten Wand einer Höhle in Frankreich? Super. Kunst und Kultur in all ihren Facetten. Sprache und Unterschiede, ja. Wie wir aufwachsen, was wir aus unseren Fenstern sehen, was wir mit diesen Händen fühlen: Ja und ja und ja. Ein modernes wirklich ernsthaft offenes Europa der Sozialdemokratie ist genau das alles – offen und möglich und machbar für alle.

Die Welt ist nicht mehr die, die sie mal war. Die SPD muss dieselbe wie immer bleiben – indem sie sich ändert. Indem sie eint, Stirn bietet, sich öffnet. Indem sie Ungleiches benennt und beseitigt. Indem sie schützt und singt und für diejenigen da ist, die Bock darauf haben, es anderen nicht schwer zu machen. Denn darauf kommt es doch an: Es den anderen nicht schwer machen. Die SPD muss in einer Welt, in der deutsche Politiker, „Antifaschismus ist auch Faschismus“ ausrufen, mit extremster Deutlichkeit zurückrufen: „So nicht, du Vollidiot!“ Und dann aber auch sagen: „Wie sonst.“

Lassen Sie mich mit Brandt enden: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Lassen Sie uns, Genoss*Innen, doch einfach mal Gutes bewirken.